

TOP: 9**Beschlussvorlage**
Öffentlich :Ja

Amt/Geschäftszeichen

Datum

Drucksache-Nr.:01-86-2015

Federführendes Amt :Kämmerei

24.11.2015

Beratungsfolge

Gremium/Ausschuss	Termin	Genehmigung	Stimmverhältnis	J	N	E
Finanzausschuss	06.10.2015	1. Beratung				
Ortsbeirat Beetz	27.10.2015	Beratung und Empfehlung				
Ortsbeirat Flatow	05.11.2015	Beratung				
Ortsbeirat Groß-Ziethen	12.10.2015	Beratung				
Ortsbeirat Hohenbruch	03.11.2015	Beratung und Empfehlung				
Ortsbeirat Kremen	16.10.2015					
Ortsbeirat Sommerfeld	02.11.2015	Beratung und Empfehlung				
Ortsteil Staffelde	23.09.2015	Beratung und Empfehlung				
Finanzausschuss	24.11.2015	<i>Empfehlung</i>				
Stadtverordnetenversammlung	10.12.2015					

Betreff:

Beratung und Beschluss: Haushaltssatzung der Stadt Kremen für das Jahr 2016 mit den dazugehörigen Anlagen

Beschlussvorlage

Die Stadtverordnetenversammlung der Stadt Kremen beschließt die in der Anlage beigefügte Haushaltssatzung der Stadt Kremen für das Haushaltsjahr 2016 mit den dazugehörigen Anlagen.

Beratungsergebnis:

Gremium:	Sitzung am:	TOP
Anz. Mitgl. :19	dav. anwesend	Ja..... Nein..... Enthalt.....
Laut Besch.vorlage.....	Abweichender Beschl.(Rückseite).....	

eingbracht durch :Bürgermeister
 Bearbeiter :Frau Schönrock

.....
 Vorsitzender der Stadtverordnetenversammlung

Problembeschreibung/Begründung

Gemäß § 65 BbgKVerf hat die Gemeinde für jedes Haushaltsjahr eine Haushaltssatzung zu erlassen. Der Erlass der Haushaltssatzung fällt in die ausschließliche Zuständigkeit der Vertretungskörperschaft (§ 28 Abs. 2 Nr. 15 BbgKVerf).

gez. Kathrin Schönrock
Kämmerin

Finanzielle Auswirkung

Finanzielle Auswirkungen?

Gesamtkosten der Maßnahmen: €

Jährliche Folgekosten : €

Finanzierung

Eigenanteil : €

Objektbezogene

Einnahmen (Zuschüsse) : €

Haushaltsbelastung : €

jährlich :

Veranschlagung :
mit : €
Produktsachkonto :
im Ergebnishaushalt :

im Finanzhaushalt :



.....

Haushaltssatzung der Gemeinde Stadt Kremmen für das Haushaltsjahr 2016

Aufgrund des § 67 der Kommunalverfassung des Landes Brandenburg wird nach Beschluss der Gemeindevertretung vom 10.12.2015 folgende Haushaltssatzung erlassen:

§ 1

Der Haushaltsplan für das Haushaltsjahr 2016 wird

1. im **Ergebnishaushalt** mit dem Gesamtbetrag der

ordentlichen Erträge auf	12.226.500,00 EUR
ordentlichen Aufwendungen auf	12.235.500,00 EUR
außerordentlichen Erträge auf	32.000,00 EUR
außerordentlichen Aufwendungen auf	23.000,00 EUR

2. im **Finanzhaushalt** mit dem Gesamtbetrag der

Einzahlungen auf	12.308.700,00 EUR
Auszahlungen auf	13.144.100,00 EUR

festgesetzt.

Von den Einzahlungen und Auszahlungen des Finanzhaushaltes entfallen auf:

Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit auf	11.523.100,00 EUR
Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit auf	11.294.100,00 EUR
Einzahlungen aus der Investitionstätigkeit auf	785.600,00 EUR
Auszahlungen aus der Investitionstätigkeit auf	1.505.400,00 EUR
Einzahlungen aus der Finanzierungstätigkeit auf	0,00 EUR
Auszahlungen aus der Finanzierungstätigkeit auf	344.600,00 EUR
Einzahlungen aus der Auflösung von Liquiditätsreserven	0,00 EUR
Auszahlungen an Liquiditätsreserven	0,00 EUR

§ 2

Kredite zur Finanzierung von Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen werden nicht festgesetzt.

§ 3

Verpflichtungsermächtigungen werden nicht festgesetzt.

§ 4

Die Steuersätze für die Realsteuern werden für das Haushaltsjahr wie folgt festgesetzt:

- | | | |
|----|---|-----------|
| 1. | Grundsteuer | |
| | a) für die land- und forstwirtschaftlichen Betriebe (Grundsteuer A) | 240 v. H. |
| | b) für die Grundstücke (Grundsteuer B) | 360 v. H. |
| 2. | Gewerbesteuer | 315 v. H. |

§ 5

1. Die Wertgrenze, ab der außerordentliche Erträge und Aufwendungen als für die Gemeinde von wesentlicher Bedeutung angesehen werden, wird auf 50.000,00 EUR festgesetzt.
2. Die Wertgrenze, für die insgesamt erforderlichen Auszahlungen, ab der Investitionen und Investitionsfördermaßnahmen im Finanzhaushalt einzeln dazustellen sind, wird auf 20.000,00 EUR festgesetzt.
3. Die Wertgrenze, ab der überplanmäßige und außerplanmäßige Aufwendungen und Auszahlungen der vorherigen Zustimmung der Gemeindevertretung bedürfen, wird bei überplanmäßigen Ausgaben auf 25.000,00 EUR und bei außerplanmäßigen Ausgaben auf 50.000,00 EUR festgesetzt.
4. Die Wertgrenzen, ab der eine Nachtragssatzung zu erlassen ist, werden bei:
 - a) der Entstehung eines Fehlbetrages auf 500.000,00 EUR und
 - b) bei bisher nicht veranschlagten oder zusätzlichen Einzelaufwendungen oder Einzelauszahlungen auf 500.000,00 EUR festgesetzt.

Kremmen, den 10.12.2015

.....
(Bürgermeister)